
Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH

**Prüfungsrichtlinien
gemäß § 36 Abs. 2 des
Einlagensicherungsgesetzes**

Inhalt	Seite
Präambel	2
1. Zweck der Prüfung, Ermächtigungen und Informationspflichten des Instituts	2
2. Arten der Prüfungen	4
3. Umfang der Prüfungen	3
4. Durchführung der Prüfungen	5
5. Dauer der Prüfungen	6
6. Häufigkeit der Prüfungen	6
7. Berichterstattung über die Prüfungsergebnisse	8
8. Kosten der Prüfung	10
9. Zuständigkeit für Entscheidungen über die Anordnung von Prüfungen	10
10. Geheimhaltungs- und Schweigepflicht	10
11. Werbeverbot	11

Präambel

Die Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH, Berlin, (EdB) ist für den Bereich der privatrechtlichen CRR-Kreditinstitute die gesetzliche Entschädigungseinrichtung im Sinne von § 2 Abs. 1 Ziffer 1 in Verbindung mit § 22 Abs. 2 Ziffer 1 sowie § 24 Abs. 1 Ziffer 1 des Einlagensicherungsgesetzes, nachstehend EinSiG. Ihr stehen gegenüber den ihr zugeordneten CRR-Kreditinstituten (Institute) die Prüfungsbefugnisse gemäß § 35 Abs. 1 und 2 EinSiG zu. Gemäß § 36 Abs. 1 EinSiG hat die EdB den Prüfungsverband deutscher Banken e.V. (Prüfungseinrichtung) mit der Durchführung der Prüfungen beauftragt. Die Einzelheiten der Prüfungen werden gemäß § 36 Abs. 2 EinSiG durch die nachstehenden Prüfungsrichtlinien festgelegt, die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) genehmigt wurden:

1. Zweck der Prüfung, Ermächtigungen und Informationspflichten des Instituts

- 1.1 Die Prüfungen werden von der EdB im Rahmen ihres Auswahl- und Entschließungsermessens angeordnet und von der Prüfungseinrichtung in deren Auftrag und Interesse durchgeführt. Der EdB obliegt die Sachherrschaft über die Prüfungen. Die Prüfungseinrichtung hat der EdB zur Erreichung dieses Zwecks alle notwendigen Informationen weiterzuleiten und unterliegt deren Weisungsbefugnis; die Eigenverantwortlichkeit der Prüfungseinrichtung und deren Verpflichtung im Zusammenhang mit einer gewissenhaften Berufsausübung bleiben hiervon unberührt.
- 1.2 Die Prüfungen dienen der Feststellung, ob bei dem zu prüfenden Institut die Gefahr des Eintritts eines Entschädigungsfalles im Sinne des § 10 Abs. 1 EinSiG besteht und ob somit eine Inanspruchnahme der Entschädigungseinrichtung zu besorgen ist. Darüber hinaus dienen die Prüfungen der Überprüfung, ob das Institut in der Lage ist, die Pflichten nach § 7 Abs. 8 EinSiG einzuhalten.
- 1.3 Der Begriff „Gefahr“ schließt die Prüfung der Zukunftsaussichten des Instituts und der Gesichtspunkte ein, die für die Erlaubniserteilung bzw. -versagung gemäß §§ 32

und 33 KWG durch die BaFin Bedeutung erlangen, ferner die Ermittlung von Tatsachen gemäß § 29 Abs. 3 Satz 1 KWG.

- 1.4 Das Institut ermächtigt die zuständigen Aufsichtsbehörden und seinen Abschlussprüfer sowie den Prüfer einer anderweitigen Sicherungseinrichtung, dem es angehört, gemäß anliegenden zwei Mustern, der EdB sowie der Prüfungseinrichtung mündlich und schriftlich Auskünfte zu erteilen; die entsprechenden Erklärungen müssen spätestens einen Monat nach Anforderung vorliegen. Die Prüfungseinrichtung ist berechtigt, diese Erklärungen für die EdB entgegenzunehmen.
- 1.5 Das Institut übermittelt der EdB unverzüglich den festgestellten Jahresabschluss mit dem dazugehörigen Prüfungsbericht gemäß § 34 Abs. 1 EinSiG. Die Prüfungseinrichtung ist berechtigt, diese Unterlagen für die EdB entgegenzunehmen bzw. in deren Namen die Übermittlung an sich zu verlangen.
- 1.6 Das Institut stellt der EdB darüber hinaus auf Anforderung unverzüglich alle Unterlagen – insbesondere Anzeigen, Meldungen, Zwischenbilanzen und sonstigen Prüfungsberichte – zur Verfügung, die auch bei den zuständigen Aufsichtsbehörden einzureichen sind. Die EdB kann weiterhin sonstige Auskünfte, Unterlagen und Nachweise, die zur besseren Beurteilung der Verhältnisse des Instituts geeignet oder notwendig sind, verlangen. Die Prüfungseinrichtung ist berechtigt, diese Erklärungen und Unterlagen für die EdB entgegenzunehmen bzw. in deren Namen die Aushändigung an sich zu verlangen.
- 1.7 Das Institut ist gemäß § 34 Abs. 2 EinSiG verpflichtet, die EdB über jede wesentliche Änderung des Geschäftsmodells oder eine Änderung sonstiger wesentlicher Sachverhalte zu informieren, die den Umfang der gedeckten Einlagen wesentlich erhöhen oder die Gefahr des Eintritts eines Entschädigungsfalls begründen oder erhöhen können. Die Prüfungseinrichtung ist berechtigt, diese Benachrichtigung für die EdB entgegenzunehmen.

2. Arten der Prüfungen

- 2.1 Bei den von der Prüfungseinrichtung auf der Grundlage des EinSiG durchzuführenden Prüfungen sind zu unterscheiden

- a) Prüfungen gemäß § 35 Abs. 2 EinSiG (Anträge auf Erlaubniserteilung gemäß § 32 Abs. 1 Satz 2 KWG)
 - b) Prüfungen gemäß § 35 Abs. 1 Satz 1 EinSiG (nach Erlaubniserteilung oder Zuordnung durch die BaFin)
 - c) Nachschauprüfungen zu vorangegangenen Prüfungen.
- 2.2 Prüfungen gemäß Tz. 2.1 a) erfolgen angemeldet. Die Prüfungen zu Tz. 2.1 b) und c) können angemeldet und unangemeldet erfolgen.

3. Umfang der Prüfungen

- 3.1 Die Prüfungen zu Tz. 2.1 a) und b) können
- a) den gesamten Geschäftsbetrieb erfassen (Vollprüfungen) oder
 - b) sich auf Teilbereiche beschränken (Teilprüfungen).
- Es besteht keine Verpflichtung Vollprüfungen durchzuführen.
- 3.2 Grundsätzlich soll jede erste Prüfung eine Vollprüfung sein. Wiederholungsprüfungen sollen sich grundsätzlich auf Teilbereiche beschränken, sofern nicht besondere Gründe eine erneute Vollprüfung angezeigt erscheinen lassen.
- 3.3 Nachschauprüfungen (Tz. 2.1 c) beschränken sich auf diejenigen Teilbereiche des Bankgeschäfts, die in dem Bericht über die vorangegangene Prüfung genannt sind.
- 3.4 Im Rahmen der Prüfung werden stets die rechtlichen Verhältnisse, die wirtschaftlichen und organisatorischen Grundlagen sowie ausgewählte Aspekte des internen Kontrollsystems des Instituts einschließlich der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage geprüft. Gegenstand der Prüfung ist ebenfalls die Einhaltung der Pflichten nach § 7 Abs. 8 EinSiG.
- 3.5 Bei Prüfungen, die sich gemäß Tz. 3.1 b) auf Teilbereiche beschränken, werden dem Institut die Prüfungsschwerpunkte in der Prüfungsankündigung mitgeteilt. Soweit es aufgrund der Erkenntnisse während der Prüfung erforderlich ist, kann die Prüfungsanordnung auf weitere Teilbereiche ausgedehnt werden.

4. Durchführung der Prüfungen

- 4.1 Die Prüfungen sind nach Maßgabe der für Kreditinstitute geltenden Grundsätze – insbesondere der Bestimmungen des KWG und der Verlautbarungen der BaFin sowie der weiteren zuständigen Aufsichtsbehörden – unter Beachtung der Berufsgrundsätze für Wirtschaftsprüfer und in sinngemäßer Anwendung der Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der jeweils gültigen Fassung durchzuführen. Die Prüfer haben bei Anlegung ihrer Maßstäbe die Verhältnisse eines ordentlich geführten Instituts und die Erfahrungen der Prüfungseinrichtung zu berücksichtigen.
- 4.2 Die Prüfungseinrichtung ist gemäß § 36 Abs. 3 Satz 1 EinSiG befugt, jederzeit während der üblichen Arbeitszeit in den Geschäftsräumen des Instituts Prüfungen vorzunehmen. Die Prüfungseinrichtung ist berechtigt, bei den Prüfungen Mitarbeiter von Beteiligungsgesellschaften einzusetzen.
- 4.3 Die Prüfer haben sich bei Beginn ihrer Prüfungstätigkeit auszuweisen. Sie sind berechtigt, alle ihnen wichtig erscheinenden Unterlagen, Nachweise und Auskünfte anzufordern und Arbeitspapiere und Dauerakten in berufusüblichem Rahmen anzulegen. Dabei dürfen Unterlagen kopiert oder auszugsweise Abschriften gefertigt werden. Die zur Durchführung der Prüfung notwendigen Daten und Informationen sind auf Anforderung auch durch elektronische Zugriffsmöglichkeiten oder durch Übernahme von Daten auf Personal-Computer der Prüfungseinrichtung mit anschließender Auswertung durch Prüfprogramme zur Verfügung zu stellen. Die Arbeitspapiere sowie die übernommenen Daten dienen der Beweissicherung und Prüfungsüberwachung. Sie werden in den Räumen der Prüfungseinrichtungen unter Verschluss aufbewahrt. Tz. 10 dieser Prüfungsrichtlinien über die Geheimhaltungs- und Schweigepflicht sowie die einschlägigen Vorschriften für Wirtschaftsprüfer sind hierbei zu beachten. Zur Unterstützung der Prüfungshandlungen wird ein umfassendes Informations- und Kommunikationssystem eingesetzt; für die Einwahl in das Intranet der Prüfungseinrichtung kann es daher erforderlich sein, dass von dem Institut eine entsprechende technische Ausstattung zur Verfügung gestellt wird.
- 4.4 Die Prüfer haben gemäß § 36 Abs. 3 Satz 3 i.V.m. Satz 2 EinSiG die zur Erteilung einer Auskunft Verpflichteten über ihr Recht zur Auskunftsverweigerung hinsichtlich solcher Fragen zu belehren, deren Beantwortung sie selbst oder einen der in

§ 383 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 der Zivilprozessordnung bezeichneten Angehörigen der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung oder eines Verfahrens nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten aussetzen würde.

- 4.5 Maßgebend für die Beurteilung im Rahmen einer Prüfung sind grundsätzlich die Verhältnisse des Instituts an einem bestimmten Prüfungstichtag. Der Prüfungstichtag wird dem Institut mit der Prüfungsanordnung mitgeteilt; üblicherweise ist dies der letzte Monatsultimo vor dem Prüfungsbeginn. Der Prüfer kann zur Verbesserung seiner Erkenntnis stichprobenweise oder lückenlos Vorgänge untersuchen, die vor oder nach dem Prüfungstichtag liegen. Soweit im Rahmen einer Prüfung die Systematik von Arbeitsabläufen untersucht wird, wie dies beispielsweise beim Internen Kontrollsystem gegeben ist, erstreckt sich die Beurteilung zeitraumbezogen auf vom Prüfer vorgegebene Zeitspannen. In diesen Fällen wird kein bestimmter Prüfungstichtag gewählt.
- 4.6 Die Prüfer haben Vollständigkeitserklärungen, die von den Geschäftsleitern zu unterschreiben sind, zu den Prüfungsakten zu nehmen.

5. Dauer der Prüfungen

Die Prüfungseinrichtung bemüht sich, die Prüfungsdauer möglichst kurz zu halten.

6. Häufigkeit der Prüfungen

- 6.1 Der Abstand zur vorhergehenden Prüfung bei einem Institut gemäß Tz. 2.1 b) soll mindestens zwei Jahre und nicht mehr als fünf Jahre betragen. Maßgebend für die Berechnung des Abstandes zwischen zwei Prüfungen ist der Prüfungstichtag, der von Prüfung zu Prüfung variiert werden soll.

Prüfungen können auch in kürzeren Abständen als zwei Jahren erfolgen, wenn sie sich auf andere als in der vorangegangenen Prüfung erfasste Teilbereiche erstrecken.

- 6.2 Die Prüfungen können unbeschadet der Regelung in Tz. 6.1 in kürzeren Abständen durchgeführt werden, wenn diese aus gegebenem Anlass gemäß § 35 Abs. 1 Satz 1 EinSiG erfolgen. Dies ist insbesondere der Fall, wenn Anhaltspunkte - die dem

betreffenden Institut mitzuteilen sind - vorliegen, dass die Gefahr einer Inanspruchnahme der Entschädigungseinrichtung besteht. Nachschauprüfungen gemäß Tz. 2.1 c) können grundsätzlich in kürzeren Abständen erfolgen.

- 6.3 Schließt eine Prüfung mit "Besonderen Feststellungen" gemäß Tz. 7.4, so kann erforderlichenfalls in kurzem Abstand eine Nachschauprüfung (Tz. 2.1 c)) stattfinden, die sich auf die Nachprüfung der festgestellten Mängel und deren Beseitigung erstreckt.
- 6.4 Zwischen Prüfungen nach § 35 EinSiG i.V.m. diesen Prüfungsrichtlinien und den Prüfungen gemäß § 44 Abs. 1 KWG sollen keine Überschneidungen entstehen. Soweit die Prüfung einer zuständigen Aufsichtsbehörde der EdB bekannt ist und der EdB die Ergebnisse der Prüfung vorliegen, soll eine Prüfung über denselben Gegenstand frühestens ein Jahr nach dem Stichtag der Prüfung durch die zuständige Aufsichtsbehörde vorgenommen werden, sofern nicht Tz. 6.2 Anwendung findet.

Wurde ein Institut durch Prüfer einer anderweitigen Sicherungseinrichtung geprüft, wird dies ebenfalls vor der Anordnung einer Prüfung durch die EdB berücksichtigt werden. Die EdB prüft im Einzelfall, inwieweit Prüfungserkenntnisse bezüglich Gegenstand, Umfang und Prüfungsstandard eine eigene Prüfung ganz oder zumindest teilweise ersetzen können.

- 6.5 Auf Prüfungen gemäß Tz. 2.1 a) wird grundsätzlich nicht verzichtet.

7. Berichterstattung über die Prüfungsergebnisse

- 7.1 Die Prüfer fertigen während der Prüfung einen Berichtsentwurf über ihre Feststellungen an. Im Interesse der Einheitlichkeit erfolgt die Berichterstattung unter Berücksichtigung von Musterprüfungsberichten.
- 7.2 Die Prüfer unterrichten das Institut fortlaufend und insbesondere am Ende der Prüfung über die vorläufigen Prüfungsergebnisse. Die Unterrichtung erfolgt unter dem Vorbehalt der Berichtskritik nach Abschluss der Prüfung. Maßgebend ist ausschließlich die schriftliche Berichterstattung nach Abschluss der Berichtskritik; mündliche Erklärungen und Auskünfte sind stets unverbindlich.

- 7.3 Jeder Bericht enthält ein zusammengefasstes Ergebnis, in dem die wesentlichen Prüfungsergebnisse und die Gesamtwürdigung der Risikolage dargestellt werden.
- 7.4 Soweit im Rahmen einer Prüfung "Besondere Prüfungsfeststellungen" getroffen wurden, werden diese im Anschluss an das zusammengefasste Prüfungsergebnis dargestellt.
- 7.5 „Besondere Prüfungsfeststellungen“ können im Bericht auch zu einzelnen Geschäftsvorfällen oder grundsätzlichen Beanstandungen getroffen werden mit dem Ziel, dem Institut innerhalb einer festgesetzten Frist die Möglichkeit zur Verbesserung der Situation oder zum Abstellen des betreffenden Mangels einzuräumen. In diesem Fall wird das Institut aufgefordert, sich zu den Prüfungsfeststellungen in angemessener Zeit nach Zugang der Endausfertigung des Berichtes zu äußern. Dabei ist mitzuteilen, ob und in welchem Umfang sowie durch welche Maßnahmen der bestehende Mangel abgestellt oder eine Verbesserung der Situation herbeigeführt werden konnte. Gegebenenfalls findet hierzu eine Nachschauprüfung (Tz. 2.1 c) sowie Tz. 6.3) statt.
- 7.6 Sofern im Rahmen einer Prüfung ein Vermögensgegenstand oder ein Schuldposten nicht abschließend beurteilt werden kann (z.B. wegen fehlender Nachweise zur Werthaltigkeit des Vermögenspostens oder mangelnder Beurteilbarkeit des Wertes einer Sicherheit) oder sofern eine Blanko-Kreditgewährung – gemessen an den Verhältnissen des Instituts oder des Kreditnehmers – zu hoch erscheint, spricht die Prüfungseinrichtung von einem "erhöhten latenten Risiko". In Höhe der Summe der insgesamt festgestellten erhöhten latenten Risiken erfolgt eine entsprechende "Bindung" von Eigenkapital und/oder stillen Reserven. Diese "Bindung" führt im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts des Instituts gegebenenfalls zu einer entsprechenden Reduzierung der Risikodeckungsmasse.
- 7.7 Der Prüfungsbericht enthält einen Prüfungsvermerk, der das kurz gefasste Urteil beinhaltet, ob eine Gefahr der Inanspruchnahme der Entschädigungseinrichtung besteht, eventuell unter Hervorhebung wichtiger Prüfungsergebnisse. Der Prüfungsvermerk umfasst auch eine Feststellung zur Einhaltung der Pflichten nach § 7 Abs. 8 EinSiG.
- 7.8 Nach Abschluss der Berichtskritik erhält das Institut den Entwurf des Prüfungsberichtes mit der Bitte um Stellungnahme. Hierfür wird eine angemessene

Frist - im Regelfall zwei Wochen - gesetzt, die einerseits den Erfordernissen des Instituts Rechnung tragen, andererseits die Aktualität des Prüfungsberichtes sicherstellen soll.

Sofern sich das Institut nach Ablauf der Frist nicht zu dem ihm vorliegenden Entwurf des Prüfungsberichtes äußert, wird die Prüfungseinrichtung die Endausfertigung und Endauslieferung ohne Berücksichtigung einer eventuellen Stellungnahme des Instituts vornehmen.

- 7.9 Der Prüfungsbericht wird in Ausfertigungen an das Institut, die EdB, die BaFin, die zuständige Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbank und den Abschlussprüfer des Instituts übermittelt. Darüber hinaus ist die Prüfungseinrichtung berechtigt, den Prüfungsbericht insgesamt oder in Auszügen auch den weiteren zuständigen Aufsichtsbehörden zugänglich zu machen.
- 7.10 Die Prüfungseinrichtung unterrichtet die Geschäftsführung der EdB, wenn die Prüfung zu Feststellungen geführt hat, die möglicherweise den Eintritt des Entschädigungsfalles im Sinne des § 10 Abs. 1 EinSiG und somit eine Inanspruchnahme der EdB besorgen lassen. Diese Unterrichtung erfolgt unverzüglich, gegebenenfalls schon vor Abschluss der Prüfung. Gleichzeitig unterrichtet die Prüfungseinrichtung gemäß § 40 EinSiG die BaFin. Die Unterrichtung erfolgt mündlich oder schriftlich, wobei der Berichtsentwurf ganz- oder auszugsweise bereits vor der Einholung einer Stellungnahme der Bank gemäß Ziffer 7.8 übersandt werden kann. Die Geschäftsleitung des Instituts wird spätestens gleichzeitig unterrichtet.
- 7.11 Erfolgt bei einer Prüfung nach § 35 Abs. 2 EinSiG lediglich eine Beurteilung der Antragsunterlagen, so reduziert sich die Berichterstattung auf die Zusammenfassung der wesentlichen Prüfungsergebnisse und der Gesamtbeurteilung, ob Umstände vorliegen, welche die Gefahr des Eintritts eines Entschädigungsfalles im Falle einer Erlaubniserteilung begründen. Festgestellte Mängel und Verbesserungspotentiale, die ein positives Gesamturteil jedoch nicht in Frage stellen, sind in Anlehnung an die "Besonderen Prüfungsfeststellungen" aufzuzeigen. Werden Umstände festgestellt, welche die Gefahr des Eintritts eines Entschädigungsfalles im Falle einer Erlaubniserteilung begründen und geeignet sind, zu einer ablehnenden Stellungnahme der EdB zu führen, sind diese darzustellen. Durch die verkürzte

Berichterstattung soll sichergestellt werden, dass eine umfassende und für die Nachvollziehbarkeit des Prüfungsurteils nicht erforderliche Wiedergabe von Inhalten der Antragsunterlagen unterbleibt.

8. Kosten der Prüfung

- 8.1 Die Prüfungen werden auf der Basis einer von der BaFin genehmigten Gebührenordnung der EdB durchgeführt. Zur Vereinfachung der Abrechnung der Prüfungskosten hat das geprüfte Institut gemäß § 38 Abs. 1 i.V.m. Abs. 2 EinSiG die Prüfungskosten unmittelbar an die Prüfungseinrichtung zu entrichten.
- 8.2 Auf den Gebührenrechnungen werden die Zahl der geleisteten Prüfungstage und die Tagessätze je Mitarbeiterkategorie sowie die Reisekosten der Prüfer und die weiteren Kosten der Berichtserstellung angegeben. Die näheren Einzelheiten regelt die Gebührenordnung.

9. Zuständigkeit für Entscheidungen über die Anordnung von Prüfungen

Die Entscheidungen über die Anordnung von Prüfungen trifft die Geschäftsführung der EdB. Die Geschäftsführung der EdB kann sich bei der Auswahl der Prüfungen und Prüfungsfelder von der Prüfungseinrichtung beraten lassen.

10. Geheimhaltungs- und Schweigepflicht

Sämtliche Organe und Mitarbeiter der Prüfungseinrichtung sowie die für die Prüfungseinrichtung tätigen Organe und Mitarbeiter unterliegen der Verschwiegenheitspflicht nach § 21 EinSiG. Sie sind verpflichtet, alles was sie in ihrer dienstlichen Funktion über die Verhältnisse der geprüften Institute und über deren Kunden erfahren, unter Wahrung strenger Verschwiegenheit nicht unbefugt zu offenbaren oder zu verwerten, und zwar auch nicht nach Beendigung ihrer Tätigkeit bei der Prüfungseinrichtung oder deren Beteiligungsgesellschaften.

11. Werbeverbot

Die geprüften Institute sind nicht befugt, mit der Tatsache der Prüfung durch die EdB oder mit Prüfungsfeststellungen aus abgeschlossenen Prüfungen zu werben.

Es folgen als Anlagen Muster für die zwei Verpflichtungserklärungen gemäß Tz. 1.4:

Erklärung gemäß Tz. 1.4
der Prüfungsrichtlinien der
Entschädigungseinrichtung
deutscher Banken GmbH

An den
von uns gemäß § 340k i.V. mit § 318 HGB
beauftragten Abschlussprüfer/ Prüfer einer Sicherungseinrichtung
Herrn / WP-Gesellschaft
(Hier Name und Adresse des Abschlussprüfers eintragen)

Betr.: Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH

In Ergänzung des Ihnen erteilten Prüfungsauftrages erklären wir Folgendes:

1. Wir entbinden Sie gegenüber der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH (EdB) und dem Prüfungsverband deutscher Banken e.V. als von der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH beauftragter Prüfungseinrichtung von der Verschwiegenheitspflicht.
2. Wir ermächtigen Sie, der EdB auf Anforderung auf Grund Ihrer Prüfungsfeststellungen Auskünfte zu erteilen und Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Sie sind auch ermächtigt, der EdB den Prüfungsbericht mit sämtlichen Anlagen nach Fertigstellung unmittelbar zu übersenden. Darüber hinaus beauftragen wir Sie, die EdB und die Prüfungseinrichtung bereits während der Durchführung der Prüfung über tatsächliche Prüfungsfeststellungen, die bei vernünftiger kaufmännischer Beurteilung eine Inanspruchnahme der EdB besorgen lassen, vorab zu unterrichten. Weiterhin beauftragen wir Sie, die EdB und die Prüfungseinrichtung gegebenenfalls über eine Verzögerung der rechtzeitigen Fertigstellung des Jahresabschlusses zu unterrichten und die Gründe dafür anzugeben.

Diese Erklärung ist für die Dauer unserer Zugehörigkeit zur Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH unwiderruflich und bezieht sich auf sämtliche im Laufe dieser Zeit erteilten Prüfungsaufträge gemäß § 340k HGB.

Ort, Datum
Stempel / Firma des Instituts

Rechtsverbindliche Unterschrift des Instituts

Erklärung gemäß Tz. 1.4
der Prüfungsrichtlinien der
Entschädigungseinrichtung
deutscher Banken GmbH

Wir ermächtigen hiermit

(Name und Adresse der jeweils zuständigen Aufsichtsbehörde)

der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH auf Anforderung Auskünfte zu erteilen und sie auch ohne Anforderung über alles zu unterrichten, was im Hinblick auf den gesetzlichen Auftrag der Entschädigungseinrichtung von Interesse sein könnte.

Diese Erklärung ist für die Dauer unserer Zugehörigkeit zur Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH unwiderruflich.

Ort, Datum
Stempel / Firma des Instituts

Rechtsverbindliche Unterschrift des Instituts